

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Die Sächsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrats zu Bad Schandau, des Hauptzollamts Bad Schandau und des Finanzamts Sebnitz. Die Redaktion ist für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Ostrau und Postlewig und die Landgemeinden Altendorf, Gohsdorf mit Kohlmühle, Kleingiehhübel, Kruppen, Lichtenhain, Mitteldorf, Porchdorf, Proffen, Rathmannsdorf mit Plan, Reinhardtisdorf, Schmitla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele, Bad Schandau, Zaulenstr. 134. Fernsprecher 22. Postfachkonto: Dresden Nr. 33 327. Gemeindefachkonto: Bad Schandau Nr. 12. Geschäftszeit: wochentags 8-18 Uhr.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1,85 RM. (einschl. Botengeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. zuzügl. Postgeb. Einzelnummer 10 Pf., mit illustrierter 15 Pf. Nichterscheinen einzelner Nummern und Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezugsnehmer nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Anzeigenpreise: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Pf. Ermäßigte Grundpreise, Nachlässe und Beilagengebühren lt. Anzeigenpreislifte. Erfüllungsort: Bad Schandau.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“ - „Das Unterhaltungsblatt“ - „Das Leben im Bild“
„Zum Wochenende“ - Illustrierte Sonntagsbeilage:

Nr. 152

Bad Schandau, Donnerstag den 2. Juli 1936

80. Jahrgang

Zehn Jahre Hitler-Jugend

In Blauen entstanden die ersten Jugendgruppen der Bewegung

NSDAP. Wenn sich am 3. und 4. Juli die alte Parteigarde der NSDAP in Weimar versammelt, um des zweiten Reichsparteitages 1926 zu gedenken, dann wird im Rahmen der Erinnerungsfeier das Gedenken an das zehnjährige Bestehen der Hitler-Jugend einen besonderen Platz einnehmen. Gauleiter Streicher war es, der in den Julitagen des Jahres 1926 der Jugendbewegung der Partei Adolf Hitlers den Namen des Führers gab. Die Worte, die er dabei sprach, sind Richtung gewesen für die Arbeit und das Schaffen der Hitler-Jugend in den vergangenen Jahren.

Nur eine kleine Anzahl ist es gewesen, die jene geschichtlichen Stunden in dem kleinen Saal der „Armbrust“ miterlebte, in denen die damals unter dem Namen „Großdeutsche Jugendbewegung“ stehende Gruppe alle Tarnungen abwarf und den Namen des Führers annahm. Die Entwicklung bis zum Parteitag in Weimar 1926 war schwer und der Weg, den die ersten Jungen, die sich zur nationalsozialistischen Idee bekannten, gehen mußten, dornenvoll.

Wir können in Sachsen ganz besonders stolz darauf sein, daß die ersten Anfänge der nationalsozialistischen Jugendbewegung in unserem Gau zu finden waren, und zwar ist es vor allem das Vogtland und hier wiederum besonders die Stadt Plauen gewesen, wo die ersten Jugendgruppen der Bewegung entstanden.

Schon kurz nach dem Kriege hatten sich die ersten Gruppen zusammengeschlossen, die, vorerst noch ohne feste Arbeitsrichtlinien, jedoch entschlossen waren, dem Weimarer System der November-Republik den Kampf anzusagen. Immerhin hatten einige von ihnen schon die Verbindung zur NSDAP aufgenommen. Der scheinbar geringfügige Anlaß einer fehlgegangenen Anmeldung bei der Partei machte die Plauener Gruppe auf die „Jugendabteilung der Partei“ aufmerksam. Diese war freilich noch nicht in eine feste Organisation gefügt, sondern das blieb erst denen vorbehalten, die sich in Plauen — hervorgegangen aus dem „Wanderpostverein Vogtland“ — im Jahr 1924 zur Großdeutschen Jugendbewegung zusammenschlossen.

Von da an ging die Entwicklung, wenn auch mit gelegentlichen Rückschlägen, ständig aufwärts. Der Deutsche Jugendbund in Marne u. L. r. schloß sich der Plauener Gruppe an. Beim ersten Treffen in Jocketa bei Plauen fanden sich bereits etwa tausend Kämpfer der neuen Bewegung ein. Bei dieser Gelegenheit wurde, in der Erkenntnis der Wichtigkeit der Propagandawirkung einer eigenen Presse, die erste Zeitung der nationalsozialistischen Jugend herausgegeben. Das Jahr 1924 brachte, vom Vogtland ausgehend, die Ausdehnung über das ganze Land Sachsen. Die ersten größeren Gruppen entstanden in Leipzig, dann in Zwickau (unter Führung des Pg. Erich Kunz, heute Ministerialrat im sächsischen Innenministerium). Chemnitz, Dresden usw.

1925 griff die Ausdehnung wesentlich über die Grenzen des Landes Sachsen hinaus; Führertagungen erfüllten ihre Aufgabe, der jungen Bewegung Form und Richtung zu geben. Immer weiter ging der Kampf gegen die anderen Jugendgruppen, die marxistisch-kommunistische Jugend, die bündische Jugend und die Jugend der Behrverbände. Weiter galt es, alle guten Kräfte der „indifferenten Jugend“ zu erfassen, um sie politisch zu aktivieren. So war es in Sachsen verhältnismäßig früh gelungen, in die besonders festgefühten Reihen der linksradikalen Jugend einzubrechen.

Nach dem Parteitag 1926 in Weimar erlebte die junge Bewegung naturgemäß einen starken Aufschwung. Immer weiter wurden in unermüdlichen Propaganda- und Kampfschritten die Ideen der Hitler-Jugend getragen. Der erste Reichsparteitag in Nürnberg 1927 zeigte sowohl zahlen- wie auch wertmäßig einen wesentlichen Aufstieg. Der einfache Apparat der Reichsleitung in Plauen erwies sich schließlich immer mehr als den dauernd wachsenden Anforderungen nicht mehr genügend. So ging man daran, oft unter sehr erheblichen Opfern, Mitarbeiter aus allen Gauen heranzuziehen, die nun insbesondere den „Frontabschnitt Jugend“ bearbeiteten.

Das erste große Treffen, das nur die Hitler-Jugend auf dem Plan sah, fand zu Ostern des Jahres 1928 in Bad Steben statt. Dort marschierte gemeinsam die Hitler-Jugend der heutigen Gebiete Sachsen, Thüringen, Mittelland und Franken. Führertagungen bewiesen, daß sich die geistige Klärung hinsichtlich des Wesens und der Arbeit der Hitler-Jugend immer mehr vollzog. So brachte das Jahr 1928 auch die erste Reichsführertagung der HJ im Dezember in Plauen, auf der etwa zwanzig Gauen vertreten waren.

Vom März bis April hielt der damalige Reichsjugendführer, der jetzige Gauamtsleiter Pg. Kurt Gruber, auf einer großen Deutschlandreise zweiunddreißig Versammlungen ab, die gleichfalls als Führertagungen aufgefaßt wurden

den und den HJ-Führern für die nächste Zeit Ausrichtung und Ziel gaben. Erstmals wurde im gleichen Jahr auch anlässlich des Reichsparteitages in Nürnberg ein Zeltlager der HJ durchgeführt, das der Führer besuchte. Bis zum Ende des Jahres 1929 konnte sich die Zahl der HJ im ganzen Reich verdoppeln.

Die folgenden Jahre stellten auch die Hitler-Jugend in ständig steigendem Maß in den politischen Tageskampf hinein. Von der Einfachbereitschaft der Jugend des Führers sprechen die einundzwanzig Toten der Hitler-Jugend eine deutliche Sprache.

In einer gewaltigen Demonstration protestierte die Jugend 1930 gegen die Verklauung des deutschen Volkes auf Generationen hinaus durch den Young-Plan. 1931 und 1932 gingen die Wogen des politischen Geschehens immer höher, und so wurde auch die Tatkraft und der Kampf der

nationalsozialistischen Jugend immer schwerer und gefährlicher. Uniformverbote und Terror, Laueit und Gewalt vermochten aber nicht, die Jugend Adolf Hitlers von ihrem Ziel abzubringen. Sie dokumentierte dies in dem gewaltigen Aufmarsch des ersten Reichsjugendtages in Potsdam im Oktober 1932. Hier zeigte sich den damaligen Machthabern in noch nie dagewesener Eindringlichkeit die Kraft und die Geschlossenheit einer neuen Jugend, die in wenigen Wochen siegreich den Marsch zur Freiheit und zur Erfüllung antrat.

Der 30. Januar 1933 änderte mit einem Schlag die Marschrichtung der HJ. Unter gänzlich anderen Voraussetzungen, mit völlig anderen Aufgaben ging sie nun an das große Einigungswerk der deutschen Jugend. Was in den vergangenen dreieinhalb Jahren nach der Machtübernahme von der Hitler-Jugend geschaffen worden ist, ist der breiten Öffentlichkeit bekannt. Die Leistungen sind so beispiellos, daß sie zumeist in ihrer ganzen Tragweite noch nicht recht zu erfassen sind. Aber das eine ist schon heute vor allem anderen gewiß: Daß diese Jugend dereinst das von den Vätern begonnene Werk in starke Hände nehmen und den Glauben und den Kampf für den siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Idee weitertragen wird. Das gelobt sie heute an dem Tag der zehnten Wiederkehr ihrer Namensgebungs!

Berteidigung des Völkerbundes

Blum für Verstärkung der Pactverpflichtungen

Der zweite Tag der Vollversammlung des Völkerbundes wurde mit einer Rede des Vertreters Columbiens eröffnet, der die Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietsveränderung oder durch Gewalt errungener Vorteile forderte. Alsdann nahm erstmals in Genf der neue französische Ministerpräsident Léon Blum das Wort. Léon Blum erklärte, es sei ein schwerer Irrtum, wenn etwa angenommen werde, daß die französische Außenpolitik infolge innerer Schwierigkeiten in eine Periode der passiven Resignation eingetreten sei. Frankreich habe eine Lösung der gefährlichen europäischen Krise im internationalen Verfahren gesucht. Frankreich wolle den Frieden für und mit allen Völkern, einerlei, welches Regime oder welches Regierungssystem bei ihm herrsche.

Zur augenblicklichen Lage erklärte Léon Blum, die Ursache für das Versagen des Völkerbundes liege nicht im Pact, sondern seiner verspäteten, unbestimmten und zweideutigen Anwendung. Die Pactverpflichtungen müßten deshalb verstärkt werden. Die französische Abordnung könne keiner der Revisionsformeln zustimmen, die die Rolle des Völkerbundes auf eine akademische Beratung zurückführen würde.

Frankreich werde mit ganzer Kraft dazu beitragen, dem Völkerbund neues Leben zu geben. Der gleiche Selbsthaltungstrieb, der die Völker heute ihre Rüstungen verstärken lasse, müsse sie dazu bringen, sich enger zusammenzuschließen. Aus der abessinischen Erfahrung müsse die Lehre gezogen werden, daß die kollektive Sicherheit in einer überprüften Welt die Stärken vor eine zu grausame Wahl stelle. Wenn man in der Erfüllung seiner Verpflichtungen bis zum äußersten gehen wolle, so müsse man die Gefahr eines Krieges auf sich nehmen. Der Pact stelle allen Ländern ohne Unterschied diese Gewissensfrage.

Die französischen Reformpläne beschränkten den Bestand auf die geographisch und politisch dem angegriffenen Staat am nächsten stehenden Länder, aber auch so bleibe das Risiko eines Krieges bestehen und müsse mutig getragen werden.

Um ihm zu begegnen, könne man nur an Abrüstung denken, obwohl dieser Gedanke heute beinahe als eine lächerliche Utopie erscheine. Aber ohne Abrüstung könnten die internationalen Schiedsgerichte keine Wirkung haben und die friedlichen Sanktionen nicht abschrecken. Kollektive Sicherheit und Abrüstung bedingten sich gegenseitig. In diesem Sinne werde Frankreich seinen Einfluß geltend machen und vor keiner Initiative zurückschrecken.

In diesem Geiste wolle es auch die der Versammlung vorliegenden Konflikte prüfen. „Zwei internationale Rechtsverletzungen“ lägen vor: Die Verletzung des Pactes und die eines feierlichen Vertrages. Beide hätten zu einer tatsächlichen „rechtswidrigen Lage“ geführt. Frankreich wolle den rechtswidrigen Handlungen keine Absolution erteilen, die einer Ermüdung gleichkäme, aber der Völkerbund müsse an die Länder, die die Rechtsbrüche begangen hätten, die wesentliche Frage stellen, ob sie entschlossen seien, eine bessere Zukunft vorzubereiten und an dem Werk des entwaffneten Friedens im Rahmen des neuerstandenen Völkerbundes mitzuarbeiten. Sie müßten gefragt werden, welche Absichten sie hegten und welche Garantien sie vorschlagen wöllen.

Nichtanerkennung der Besetzung Abessinien

Die Erklärung des Außenministers Eden

Nach dem Vertreter Kanadas, Massey, der die Aufhebung der Sanktionen befürwortete, da sie gegenstandslos geworden seien, sprach der englische Außenminister Eden. Er führte aus: Wir haben einen Aufruf des Kaisers von Abessinien gehört, der mit einer Würde vorgetragen wurde, die die Sympathie eines jeden von uns erweckt hat.

Wenn die britische Regierung Grund zu der Annahme hätte, daß die Beibehaltung der Sanktionen oder sogar deren Verstärkung durch andere wirtschaftliche Maßnahmen die Lage in Abessinien wiederherstellen könnte, dann wäre sie für ihren Teil bereit, eine solche Politik zu befürworten, und wenn andere Bundesmitglieder einverstanden sein sollten, sich an ihrer Anwendung zu beteiligen. Auf Grund der Tatsachen ist es der britischen Regierung aber unmöglich, dies anzunehmen. Nach unserer Meinung könnte nur eine militärische Aktion heute ein solches Ergebnis erzielen. Ich kann nicht glauben, daß in der heutigen Weltlage eine solche militärische Aktion für möglich gehalten werden könnte. In dieser Lage befinden wir uns heute.

Die Tatsachen müssen anerkannt werden. In deren Licht kann ich nur mit Bedauern wiederholen, daß unter den bestehenden Umständen die Fortführung der Sanktionen keinen sichtlichen Zweck verfolgen kann. Gleichzeitig ist die britische Regierung der Meinung, daß die Versammlung in keiner Weise die italienische Eroberung Abessinien anerkennen sollte.

Am 22. Januar 1936 legte die britische Regierung dem Koordinationenausschuß eine Denkschrift über die Ergebnisse ihres Meinungsaustausches mit gewissen anderen Regierungen in Zusammenhang mit der Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung vor. In Absatz 10 der Denkschrift wurde berichtet, die britische Regierung habe gewissen anderen Regierungen auf Gegenseitigkeit beruhende Zusicherungen gemacht, wonach sie beabsichtige, getreu alle ihr aus der Völkerbundsatzung erwachenden Verpflichtungen bei Durchführung der unter Artikel 16 ergriffenen Maßnahmen zu erfüllen. Die britische Regierung erklärt, daß sie bereit ist, diese Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, wenn eine Lage entstehen sollte, die diese Verpflichtungen bei der Durchführung der Aktion unter Artikel 16 in Kraft gesetzt hätte. Diese Erklärung soll gewisse Besorgnisse zerstreuen, die hinsichtlich der Uebergangsperiode bestehen könnten.

Ueber die Zukunft des Völkerbundes könnte ein nützlicher und vorläufiger Meinungsaustausch während der laufenden Tagung der Versammlung vorgenommen werden, aber es sei wesentlich, daß allen Ländern genügend Zeit und Gelegenheit gegeben werde, diese Frage zu prüfen. Deshalb schlägt er vor, daß die Septemberversammlung das Problem in Angriff nehmen sollte.

Freilassung der italienischen Pressevertreter

Nachdem die verhafteten italienischen Journalisten verurteilt worden sind, ist Mittwochabend von der Schweizerischen Bundesanwaltschaft im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie dem Politischen Departement die Freilassung dieser Journalisten verfügt worden. Die Zutrittskarten zum Völkerbund sind den Journalisten durch das Völkerbundssekretariat entzogen worden.